



Niederschrift

24. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung,Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 12.01.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:47 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Matthias Lack	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
--------------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE
Herr Claus Wartenberg	SPD
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	Vertretung für Herrn Marcel Piest SPD Fraktion
-----------------	-----	---

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW	bis 19:00 Uhr
Herr Tino Henning	DIE LINKE	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	
Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat	
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	

Beigeordneter

Herr Markus Beck	i. V. für den BGO GB 4
------------------	---------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Marcel Piest	SPD	entschuldigt
-------------------	-----	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht teilgenommen

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Stefan Matz	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Holger Wolinski	SPD	nicht teilgenommen

Gäste

Herr Wolfgang Hülsebeck	Fachbereich Feuerwehr (zu TOP 3.1, 3.8)
Herr Norman Niehoff	Bereich Verkehrsentwicklung (zu TOP 3.2, 3.5, 3.10)
Herr Mark Domnick	Beteiligungsmanagement (zu TOP 3.3, 3.4)
Herr Norbert Praetzel	Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen (zu TOP 3.6, 3.7)
Herr Siegfried Weise	Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen (zu TOP 3.9)
Herr Klaus-Peter Linke	Koordinierungsstelle Klimaschutz (zu TOP 3.11)

Protokoll:
Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee
(BER II) ändern!
Vorlage: 16/SVV/0533

- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI
(Wiedervorlage / 2. Lesung)
- 3.2 Konzept für städtisches Carsharing in Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0665
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV
(Wiedervorlage)
- 3.3 Kurzstreckenticket für 6 Stationen
Vorlage: 16/SVV/0737
Fraktion DIE LINKE
SBV, HA
- 3.4 Durchsetzung Rauchverbot an Haltestellen
Vorlage: 16/SVV/0746
Fraktion DIE LINKE
HA
- 3.5 Parkraum in der Waldstadt 2
Vorlage: 16/SVV/0747
Fraktion CDU/ANW
SBV (ff)
- 3.6 Erhöhung Verkehrssicherheit Fuß-/Radweg am südlichen Ende der Friedrich-
Ebert-Straße
Vorlage: 16/SVV/0782
Fraktion CDU/ANW
SBV (ff)
- 3.7 Trinkwasserbrunnen in der Dortustraße
Vorlage: 16/SVV/0788
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
- 3.8 Gefahrenabwehrbedarfsplanung der LH Potsdam 2017-2021
Vorlage: 16/SVV/0802
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
HA
- 3.9 Haushaltssatzung 2017
- 3.9.1 Zukunftsprogramm 2020
Vorlage: 16/SVV/0797
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
alle Ausschüsse und OBR
- 3.9.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 16/SVV/0798
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
alle Ausschüsse und OBR
- 3.9.3 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2014 und
Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 16/SVV/0799
Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
alle Ausschüsse und OBR

- 3.9.4 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 16/SVV/0801
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
alle Ausschüsse und OBR
- 3.10 Fortschreibung Luftreinhalteplan für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0765
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV
(Mitteilungsvorlage)
- 3.11 Aufbau eines Energie- und Klimaschutzmanagements
Vorlage: 16/SVV/0828
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 15.12.2016 gibt es keine Einwendungen; sie wird mit 4:0:3 Stimmen bestätigt.

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt einstimmig angenommen.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee (BER II) ändern!**

Vorlage: 16/SVV/0533

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

GSI

(Wiedervorlage / 2. Lesung)

Der Vorsitzende weist auf die 1. Lesung in der letzten Sitzung und die dort eingebrachte neue Fassung des Antrages hin und berichtet, dass der Antrag im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion am 20.12.2016 abgelehnt worden ist.

Herr Walter bittet darum, die Punkte aus dem Antrag einzeln abzustimmen. Bis auf Punkt drei, der sei durch Verwaltungshandeln erledigt.

Herr Linke bringt folgenden Ergänzungsantrag ein und bittet ihn zum Punkt 2 des Antrages mit abstimmen zu lassen.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Neufassung des Antrags 16/SVV/0533 vom 21.11.2016 soll im Punkt 2 wie folgt ergänzt werden (*kursiv*):

2. zu gewährleisten, dass im Katastrophenschutzplan der LH Potsdam konkret festgelegt ist, welche Einsatzkräfte für die vorzunehmenden Maßnahmen *zuständig sind, welche Aufgaben ihnen zugewiesen sind und bis wann welche Maßnahme durchzuführen ist*, insbesondere in Hinblick auf:

- die *Ausreichung von Schutzkleidung und Dosimeter für die Einsatzkräfte,*
- die *Evakuierung der Bevölkerung im festgelegten Umkreis des BER II und deren Unterbringung sowie Betreuung,*
- die *Einrichtung von Dekontaminierungsstellen in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen,*
- *gegebenenfalls notwendige Löscharbeiten am und um den BER II,*
- die *polizeiliche Absperrung und Sicherung des Evakuierungsbereiches,*
- die *Ausgabe von Jodtabletten im 4km-Umkreis an die unter 45jährigen,*
- die *Jodidprophylaxe für Kinder, Jugendliche und Schwangere im 20km-Umkreis sowie*
- die *Verteilung der Jodtabletten an die bis zu 22 Ausgabestellen im Stadtgebiet, damit ein wirksamer Schutz der Bevölkerung und der Einsatzkräfte erfolgen kann.*

Dabei sind die Erkenntnisse aus der Bund-Länder-Kommunikationsübung vom 17. September 2013 zu berücksichtigen.“

Herr Walter übernimmt für den Antragsteller die vorgetragene Änderung zum Punkt 2 des Antrags.

Der Vorsitzende stellt die geänderte neue Fassung des Antrages zur

Abstimmung. Die Punkte werden einzeln abgestimmt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. zu prüfen, ob der Katastrophenschutzplan Potsdams dahingehend geändert werden sollte, dass für den Fall eines GAU am Forschungsreaktor BER II des Helmholtz-Zentrums Wannsee der Radius des Evakuierungsgebiets auf 8 km statt der bisher festgelegten 2,5 km erweitert wird;

Abstimmungsergebnis: 3:4:0 abgelehnt.

2. zu gewährleisten, dass im Katastrophenschutzplan der LH Potsdam konkret festgelegt ist, welche Einsatzkräfte für die vorzunehmenden Maßnahmen zuständig und welche Aufgaben ihnen zugewiesen **zuständig** sind, **welche Aufgaben ihnen zugewiesen sind und bis wann welche Maßnahme durchzuführen ist**, insbesondere in Hinblick: ~~auf die Evakuierung der Bevölkerung im festgelegten Umkreis des BER II und deren Unterbringung, die Einrichtung von Dekontaminierungsstellen in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen, gegebenenfalls notwendige Löscharbeiten am und um den BER II sowie die Ausgabe von Jodtabletten im 4-km-Umkreis~~

- **die Ausreichung von Schutzkleidung und Dosimeter für die Einsatzkräfte,**
- **die Evakuierung der Bevölkerung im festgelegten Umkreis des BER II und deren Unterbringung sowie Betreuung,**
- **die Einrichtung von Dekontaminierungsstellen in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen,**
- **gegebenenfalls notwendige Löscharbeiten am und um den BER II,**
- **die polizeiliche Absperrung und Sicherung des Evakuierungsbereiches,**
- **die Ausgabe von Jodtabletten im 4km-Umkreis an die unter 45jährigen,**
- **die Jodidprophylaxe für Kinder, Jugendliche und Schwangere im 20km-Umkreis sowie**
- **die Verteilung der Jodtabletten an die bis zu 22 Ausgabestellen im Stadtgebiet, damit ein wirksamer Schutz der Bevölkerung und der Einsatzkräfte erfolgen kann.**

⌘Dabei sind die Erkenntnisse aus der Bund-Länder-Kommunikationsübung vom 17. September 2013 zu berücksichtigen;

Abstimmungsergebnis: 3:3:1 abgelehnt.

(Die Abstimmung zum Punkt 3 entfällt, er ist durch Verwaltungshandeln erledigt.)

4. in einem juristischen Gutachten prüfen zu lassen, wie die LH Potsdam künftig an Entscheidungen über Betriebsgenehmigungen für Forschungsreaktoren und Zwischenlagern für radioaktive Abfälle bzw. für den Rückbau des BER II mitwirken und so die Interessen der Potsdamerinnen und Potsdamer vertreten kann.

Abstimmungsergebnis: 3:4:0 abgelehnt.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.2 **Konzept für städtisches Carsharing in Potsdam**

Vorlage: 16/SVV/0665

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV

(Wiedervorlage)

Herr Walter berichtet von dem Treffen mit der Verwaltung und privaten Interessenvertretern vom 16.12.2016. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass Potsdam Potential für Carsharing besitzt, sodass die privaten Interessenvertreter zunächst auf die Suche nach Investoren gehen werden.

Herr Walter bringt die Neufassung des Antrages ein, die mit allen Beteiligten abgestimmt wurde und den Mitgliedern zugegangen ist.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für Carsharing in der Landeshauptstadt Potsdam zu erstellen.

Das Ziel besteht darin, Carsharing in der Stadt zu stärken, unter Einbeziehung der Elektromobilität. Das Konzept soll die Potentiale sowohl privater Initiativen als auch kommerzieller Anbieter beschreiben und aufzeigen, auf welche Art und Weise die Stadt unterstützen kann.

Dazu können beispielsweise die Unterstützung von Fördermittelanträgen durch Dritte, die Identifizierung von Standorten für Stellplätze und für Ladestationen, die Vernetzung und gemeinsame Werbung gehören.

In einer ersten Stufe kann dies fünf, in einer zweiten Stufe weitere Standorte sowie die Kooperation mit den Nachbargemeinden betreffen.

Für das Konzept sind die Erfahrungen anderer Städte in Deutschland sowie spezialisierter Verbände wie des bcs (Bundesverband CarSharing) und des VCD (Verkehrsclub Deutschland e.V.) einzubeziehen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im 2. Quartal 2017 Bericht zu erstatten.“

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) befürwortet die neue Fassung ausdrücklich und gibt an, dass hier alle Bedenken, aus der Ursprungsfassung ausgeräumt worden sind.

Herr Linke bringt den folgenden Änderungsantrag ein:

Der 3. Satz aus der Neufassung soll lauten:

„Das Konzept soll die Potentiale beschreiben und aufzeigen, auf welche Art und Weise die Stadt die Potentialerschließung unterstützen kann.“

Nach weiterer Diskussion einigen sich die Mitglieder auf die Formulierung:

„Das Konzept soll die Potentiale insbesondere privater Initiativen beschreiben und aufzeigen, auf welche Art und Weise die Stadt diese Potentialerschließung unterstützen kann.“

Herr Walter übernimmt diesen Vorschlag.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Neufassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für Carsharing in der Landeshauptstadt Potsdam zu erstellen.

Das Ziel besteht darin, Carsharing in der Stadt zu stärken, unter Einbeziehung der Elektromobilität. Das Konzept soll die Potentiale ~~sowohl~~ **insbesondere** privater Initiativen ~~als auch kommerzieller Anbieter~~ beschreiben und aufzeigen, auf welche Art und Weise die Stadt **diese Potentialerschließung** unterstützen kann.

Dazu können beispielsweise die Unterstützung von Fördermittelanträgen durch Dritte, die Identifizierung von Standorten für Stellplätze und für Ladestationen, die Vernetzung und gemeinsame Werbung gehören.

In einer ersten Stufe kann dies fünf, in einer zweiten Stufe weitere Standorte sowie die Kooperation mit den Nachbargemeinden betreffen.

Für das Konzept sind die Erfahrungen anderer Städte in Deutschland sowie spezialisierter Verbände wie des bcs (Bundesverband CarSharing) und des VCD (Verkehrsclub Deutschland e.V.) einzubeziehen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im 2. Quartal 2017 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 3.3 Kurzstreckenticket für 6 Stationen
Vorlage: 16/SVV/0737
Fraktion DIE LINKE
SBV, HA

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Domnick (Beteiligungsmanagement) führt aus, dass die Anpassung des Kurzstreckentickets Teil des zum 1.1.2017 in Kraft tretenden Maßnahmenpaketes sei, wobei man sich am marktüblichen Niveau orientiert habe. Im Zuges dessen unter anderem die Kurzstrecke in Potsdam nur noch vier Haltestellen statt bisher sechs umfasse. Im Gegenzug wurde das Vier-Fahrten-Ticket aufgewertet. Ziel

der Anpassungen sei eine sozialverträgliche aber einkömmliche Lösung gewesen. Bezüglich der Umsetzung der Forderung weist er darauf hin, dass die im Antrag angesprochene Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (ViP) keine Ermächtigungsgrundlage habe, diese liege beim Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB). Die ViP besitze lediglich Empfehlungscharakter.

Herr Jäkel ergänzt seinen Antrag daraufhin um den VBB und stellt noch einmal fest, dass der Antrag im Vergleich zu anderen Städten gerechtfertigt ist.

Herr Heuer beziffert die Mehreinnahmen durch die veränderte Kurzstreckenregelung mit ca. 50 000 € und möchte vom Antragsteller wissen, wie diese Mehreinnahmen, die im Zuge des diskutierten Antrages wegfallen würden, ausgeglichen werden sollen. Eine kostenneutrale Lösung sei anzustreben und im Antrag festzuschreiben. Dann könne er sich vorstellen, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Jäkel sieht hier die Möglichkeit, den Ticketpreis entsprechend zu erhöhen. Gegen eine entsprechende Formulierung im Antrag habe er nichts. So könne der Satz, „Eine kostenneutrale Lösung ist anzustreben.“ aufgenommen werden.

Herr Henning warnt ausdrücklich vor der Verwendung des Begriffes der Kostenneutralität. Dieser könne am Ende unangemessene Preiserhöhungen zur Folge haben.

Nach weiterer Diskussion ändert Herr Jäkel seinen Antrag wie folgt:

„... gegenüber dem **VBB/ ViP durchzusetzen zu verhandeln. Eine kostenneutrale Lösung ist anzustreben.**“

Herr Domnick gibt zu bedenken, dass in Zukunft das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Anpassung an die wachsende Stadt zu verbreitern sei, wodurch sich Mindereinnahmen ergäben. Diesem Umstand müsse schon heute Rechnung getragen werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass das Kurzstreckenticket für den ÖPNV in Potsdam weiterhin für 6 Stationen gilt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diese Regelung gegenüber dem **VBB/ ViP durchzusetzen zu verhandeln. Eine kostenneutrale Lösung ist anzustreben.** Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung ~~am~~ **am 25. Januar/März** 2017 über das Ergebnis der dazu geführten Gespräche zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.4 Durchsetzung Rauchverbot an Haltestellen**Vorlage: 16/SVV/0746**

Fraktion DIE LINKE

HA

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Den Termin zur Berichterstattung ändert er auf März 2017.

Herr Domnick (Beteiligungsmanagement) weist darauf hin, dass die Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (ViP) hier keine Ermächtigungsgrundlage für derartige Verhandlungen habe. Sie habe lediglich Empfehlungscharakter als Verhandlungsspielraum. Zudem sei nicht sie Eigentümerin, sondern die Wall GmbH, mit der eine Einigung bisher nicht möglich war. Daher schlägt er vor, das Rauchverbot an Haltestellen in die derzeit zu erarbeitende Sauberheitskampagne der Landeshauptstadt Potsdam zu integrieren.

Zu diesem Vorschlag herrscht allgemeine Zustimmung.

Herr Heuer regt an, den Antrag trotzdem abzustimmen und bringt folgenden Änderungsvorschlag ein:

Der erste Satz solle gestrichen werden und statt „Rauchverbot“ solle der Begriff „Rauchverzicht“ verwendet werden.

Herr Jäkel übernimmt diesen Vorschlag für den Antragssteller.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Die Stadtverordnetenversammlung hält daran fest, ein Rauchverbot in den Haltestellenbereichen des öffentlichen Nahverkehrs durchzusetzen.~~

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Verkehrsbetrieb eine Kampagne für ein ~~Rauchverbot~~**Rauchverzicht** in den Haltestellenbereichen vorzubereiten.

Dazu sollten auch Erfahrungen aus anderen Kommunen in der Bundesrepublik genutzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Januar~~**März** 2017 über den Stand der Vorbereitung dieser Kampagne zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.5 Parkraum in der Waldstadt 2

Vorlage: 16/SVV/0747

Fraktion CDU/ANW

SBV (ff)

Herr Rietz bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erinnert an das Stadtentwicklungskonzept (StEK) Verkehr, dessen Ziel es sei, den Autoverkehr zu mindern und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu stärken. Diesem Ziel stehe der Antrag auf Schaffung weiterer Parkflächen entgegen, weswegen dem Antrag verwaltungsseitig nicht gefolgt werden könne. Die Waldstadt II sei zudem sehr gut mit ÖPNV ausgestattet. Die Stellplatzschaffung für die ansässigen Mieter sollte zudem im Aufgabenbereich des Vermieters liegen.

Herr Jäkel gibt zu bedenken, dass auch ausreichend Parkraum zur Lebensqualität eines Wohngebietes gehört und Anwohner, die auf das Auto angewiesen sind, aufgrund dessen nicht diskriminiert werden dürften. Alle Möglichkeiten müssten ausgewogen zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag sei daher angemessen und zustimmungswürdig.

Herr Rietz räumt ein, dass Stellflächen nicht zwangsläufig kostenfrei zur Verfügung gestellt werden müssten und Vermieter durchaus in die Prüfung einbezogen werden können.

Herr Henning verdeutlicht nochmals die Dringlichkeit einer Lösung an dieser Stelle und spricht sich ebenfalls für die Schaffung von mehr Parkraum aus.

Herr Niehoff bittet um Fristverlängerung zur Berichterstattung auf das 2. Quartal.

Herr Rietz übernimmt diese Änderung.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Parksituation im Gebiet der Waldstadt 2 wieder verbessert werden kann. Für die Prüfung sind vereinnahmte oder zu erwartende Ablösungsbeiträge nach der Stellplatzverordnung für Parkplätze mit einzubeziehen und die Möglichkeiten neu zu errichtender Stellplätze für diese Ablösungsbeiträge in der Waldstadt 2 aufzuzeigen.

Es ist der SVV im ~~ersten~~**zweiten** Quartal 2017 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.6 Erhöhung Verkehrssicherheit Fuß-/Radweg am südlichen Ende der Friedrich-Ebert-Straße
Vorlage: 16/SVV/0782
Fraktion CDU/ANW
SBV (ff)

Herr Rietz bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Kuppert erkundigt sich, wie viele Verstöße an dieser Stelle beobachtet würden. Ihm selbst sind dort kaum Verstöße bekannt. Den Antrag kann er daher nicht nachvollziehen.

Herr Praetzel (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) gibt für die Verwaltung an, gegen die Aufstellung von mehr Pollern zu sein. Der Prüfauftrag ist bereits in die Wege geleitet. Ein Ergebnis kann im März 2017 vorgestellt werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie die Verkehrssicherheit am Fuß-/Radweg (südliches Ende der Friedrich-Ebert-Straße) für Fußgänger und Radfahrer mit Hilfe einer klaren Durchfahrtbeschränkung für PKW (z. B. Poller) zu erhöhen.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sind im März 2017 die Prüfergebnisse/Umsetzungsmöglichkeiten vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 3.7 Trinkwasserbrunnen in der Dortustraße
Vorlage: 16/SVV/0788

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Praetzel (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) gibt an, dass eine entsprechende Prüfung gerade läuft. Eine Berichterstattung im März 2017 sei vorgesehen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und an welcher Stelle in der näheren Umgebung des historischen Trinkwasserbrunnens in der Dortustraße, Ecke Brandenburger Straße wieder ein Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden kann.

In die Standortprüfung sind die Belange des Gesundheitsschutzes (Beeinträchtigungen und Qualitätsanforderungen für Trinkwasser) und der Aufenthaltsqualität/Standortaufwertung einzubeziehen.

Zu den Kosten der Installation des Brunnens, der regelmäßigen Wartungs- und Reinigungsarbeiten sowie Sichtkontrollen soll eine Vereinbarung zur Kostenübernahme mit der EWP abgeschlossen werden.

Die Ergebnisse der Prüfung sollen den Stadtverordneten Ende des I. Quartals 2017 zur Kenntnis gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.8 Gefahrenabwehrbedarfsplanung der LH Potsdam 2017-2021
Vorlage: 16/SVV/0802

Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
HA

Herr Hülsebeck (Fachbereich Feuerwehr) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll anliegt.

Herr Walter fragt, ob eine Steigerung von Fehleinsätzen zu verzeichnen sei.

Herr Hülsebeck gibt an, dies sei nur bei automatischen Brandmeldeanlagen der Fall. Allerdings hätte dieses System mehrfach schwerwiegendere Verläufe verhindert, sodass der Nutzen immer noch wesentlich höher liege als die dagegen geringe Anzahl von Fehlmeldungen.

Herr Heuer erkundigt sich nach der im Haushaltsplan aufgeführten Anschaffung eines Sirenenwarnsystems.

Herr Hülsebeck führt aus, dass Sirenen immer noch das effektivste Mittel seien, im Ernstfall die Bevölkerung im Ganzen zu warnen. Die Suche nach einem anderen System laufe zwar, eine effektivere Methode, mit der möglichst alle Bürgerinnen und Bürger erreicht werden können, wurde jedoch noch nicht gefunden. Von daher habe man sich entschieden, ein Sirenenwarnsystem zu etablieren.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gefahrenabwehrbedarfsplanung der Landeshauptstadt Potsdam 2017-2021.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.9 Haushaltssatzung 2017

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte zum Haushalt heute in 1. Lesung zu behandeln. Den TOP 3.9.3 „Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2014 und Entlastung des Oberbürgermeisters“ bittet er heute abzustimmen bzw. zur Kenntnis zu nehmen, damit der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 19.1.2017 abschließend darüber befinden kann.

Herr Heuer bestätigt, dass die Vorlage im Finanzausschuss am 11.1. bereits abschließend behandelt worden ist.

Die Mitglieder erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

zu 3.9.4 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017

Vorlage: 16/SVV/0801

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
alle Ausschüsse und OBR

Durch Herrn Weise (Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen) erfolgt die Einbringung der Schwerpunkte aus der Information an den KOUL-Ausschuss zum Ergebnishaushalt 2017 bzw. zum Investitionsprogramm 2017-2020, die den Mitgliedern vorliegt.

Für das Haushaltsjahr 2017 sind für den GB 4 insgesamt 2,5 Mio. EUR mehr zur Verfügung gestellt worden. Diese fließen insbesondere in Projekte zur Straßenunterhaltung, Sicherung der technischen Infrastruktur/Unterhaltung im Straßenneubau/Verkehrsmanagement, Gefahrenabwehr ein.

Zum Fachbereich Bauaufsicht und Denkmalpflege führt Herr Weise aus:

Im Produkt 52100 (Bereich untere Bauaufsichtsbehörde) stellen die Erträge, hier vor allem die Verwaltungsgebühren, den größten Anteil dar. Diese Erträge aus den Verwaltungsgebühren im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren werden auf der Grundlage der vergangenen Jahre kalkuliert. Erträge und Aufwendungen decken sich.

Produkt 53710 (Bodenschutz/Altlasten) ist sowohl ertrags- als auch aufwandsseitig durch Ersatzvornahmen (z. B. Altlastproblematik ehemalige Kaserne Krampnitz) geprägt.

Im Produkt 55400 (Naturschutz und Landschaftspflege) liegt ertragsseitig das Hauptaugenmerk in der Umsetzung der Potsdamer Baumschutzverordnung. Neben den Verwaltungsgebühren für Baumfällgenehmigungen sind auch Erträge für Baumersatz eingeplant, die dem Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen dann für Neupflanzungen zur Verfügung stehen.

Das Produkt 5610000 (Umweltschutzmaßnahmen) umfasst abfall-, wasser- und immissionsschutzrechtliche Belange. Hier werden die Erträge aus Ersatzvornahmen (in Höhe der geplanten Aufwendungen) berücksichtigt.

Zum Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen führt Herr Weise aus:

Im Deckungskreis 4315 (Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze) übersteigt der Ansatz 2017 in Höhe von 300.000 EUR den des Vorjahres, um die Pflichtaufgaben des planmäßigen Straßenerhalts zu gewährleisten.

Im Deckungskreis 4371 (Behindertengerechte Herstellung der Verkehrsanlagen gemäß Abkommen Barcelona) ist der Ansatz 2017 vergleichsweise zum Ansatz 2016 um 100.000 EUR höher. Diese werden z. B. für Gehwege, Bordabsenkungen oder Behindertenstellplätze eingesetzt.

Im Deckungskreis 4317 (Unterhaltung der Verkehrsanlagen) ist der Ansatz 2017 um 400.000 EUR zum Ansatz 2016 erhöht worden. Die Aufwendungen werden z. B. für die Herstellung und Erhaltung der Verkehrssicherheit auf den öffentlichen Verkehrsanlagen (Straßen, Plätze, Wege) mit verkehrsorganisatorischen Mitteln und auf der Grundlage der Straßenverkehrsordnung, als pflichtige Aufgabe zur Gefahrenabwehr verwendet.

Im Deckungskreis 4329 (Potsdams Neue Gärten) werden ab 2017 im Planansatz auch die Abschreibungen auf das Vermögen der Betriebe gewerblicher Art (BgA) Volkspark Bornstedter Feld sowie Neuer Lustgarten geprüft. Diesbezüglich wird noch über die „Liste der Verwaltung“ eine Anpassung/Reduzierung in Höhe von 1,3 Mio. EUR im Planungsverfahren erfolgen.

Des Weiteren weist Herr Weise auf den Ausbau der Templiner Straße hin. Sie ist eine wichtige Verbindung zwischen den angrenzenden Nachbargemeinden und der Stadt Potsdam. Auszahlungen 2017 i.H.v. 3,5 Mio. EUR und Einzahlungen i.H.v. 2,7 Mio. EUR sind geplant.

Das Leipziger Dreieck ist einer der am stärksten frequentierten und wichtigsten Verkehrsknotenpunkte im Potsdamer Stadtgebiet. Zur Verflüssigung des Verkehrs und Erhöhung der Gesamtleistungsfähigkeit für den Kfz-, den Fuß- und Radverkehr sowie den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sieht die Vorzugslösung eine grundlegende Umgestaltung des Leipziger Dreiecks vor.

Ferner wird durch Herrn Weise unter Hinweis auf die ausgereichte Information vom 20.12.2016 über die Umsetzung hausbegleitender Beschlüsse des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt

- zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes
- zum Mittelbedarf Unterhaltung Natursteinpflaster
- zu den Wettbewerben für Planungen und Bauvorhaben (DS 09/SVV/0746)

kurz berichtet.

Nach der erfolgten Einbringung stellt Herr Jäkel unter Hinweis auf Seite 16 der ausgereichten Information und Seite 123 zu „Teilhaushalte für Geschäftsbereich 4 für das Haushaltsjahr 2017“ Teil 5 fest, dass die Maßnahme Uferweg Leipziger Straße Wasserwerk (Planungsanpassungen) nicht extra als Haushaltsansatz in Höhe von 992.900 EUR zu finden ist.

Herr Praetzel (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) kann dazu im Moment nichts sagen, die Verwaltung werde diesen Sachverhalt prüfen.

In Abstimmung mit der Verwaltung im Nachgang zur Sitzung:

Hierbei handelt es sich um die Gesamtmaßnahme Umsetzung des Radverkehrskonzeptes, in der die investive Einzelmaßnahme Uferweg Leipziger Straße Wasserwerk (Planungsanpassungen) mit der Teilsumme in Höhe von 250.000 EUR im Gesamtpaket in Höhe von 992.900 EUR integriert ist. Die investive Gesamtsumme in Höhe von 992.900 EUR ist in „Teilhaushalte für Geschäftsbereich 4 für das Haushaltsjahr 2017“ Teil 5, Seite 123, Ansatz 2017 Investitionsmaßnahmen unter 0947000140103 - Umsetzung des Radverkehrskonzeptes zu finden.

Herr Rietz merkt an, dass bei der Unterhaltung von Bäumen in Grünanlagen nicht nur die Verkehrssicherung und Gefahrenbeseitigung berücksichtigt werden sollen, sondern auch eine kontinuierliche Baumpflege stattfinden muss.

Herr Praetzel führt aus, dass die Verwaltung Ermessen ausübt, aber die Verkehrssicherungspflicht und Gefahrenbeseitigung überwiegt. Es ist nunmehr ein Mitarbeiter für die Flächenbäume eingesetzt.

Der Ausschussvorsitzende schließt die 1. Lesung.

Die DS 16/SVV/0801 wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zur 2. Lesung aufgerufen.

zu 3.9.1 Zukunftsprogramm 2020

Vorlage: 16/SVV/0797

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
alle Ausschüsse und OBR

Nach kurzer Aussprache schließt der Ausschussvorsitzende die 1. Lesung.

Die DS 16/SVV/0797 wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zur 2. Lesung aufgerufen.

zu 3.9.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2017

Vorlage: 16/SVV/0798

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
alle Ausschüsse und OBR

Nach kurzer Aussprache schließt der Ausschussvorsitzende die 1. Lesung.

Die DS 16/SVV/0798 wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zur 2. Lesung aufgerufen.

zu 3.9.3 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2014 und Entlastung des Oberbürgermeisters

Vorlage: 16/SVV/0799

Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
alle Ausschüsse und OBR

Herr Weise weist nochmals darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt heute im KOUL-Ausschuss abschließend behandelt werden soll, sodass die Voten zur Stadtverordnetenversammlung am 25.01.2017 vorliegen und dort eine Beschlussfassung vorgenommen werden kann.

Herr Jäkel bittet darum, folgende Frage mitzunehmen:

Warum wird der Finanzmittelüberschuss in Höhe von 2.306 TEUR nicht im nächsten Haushaltsjahr 2015 zur Deckung verwendet?

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Kämmerer

aufgestellten und vom Oberbürgermeister festgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 in der vorliegenden Fassung (Anlage 1). Der Jahresabschluss weist in der Ergebnisrechnung einen Gesamtüberschuss von € 21.135.760,15 aus. Der Gesamtüberschuss ergibt sich aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit von € 17.812.721,46 dem Finanzergebnis von € 2.081.527,05 und dem außerordentlichen Ergebnis von € 1.241.511,64.

2. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt darüber hinaus alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bekannt gewordenen unabweisbaren über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2014 (Anlage 2). Die Unabweisbarkeit wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung bestätigt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 (Anlage 3) zur Kenntnis.
4. Dem Oberbürgermeister wird, entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf uneingeschränkte Entlastung für das Haushaltsjahr 2014 erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	2

zu 3.10 Fortschreibung Luftreinhalteplan für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0765

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV
(Mitteilungsvorlage)

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert sie. Die Fortschreibung des Luftreinhalteplans für die Landeshauptstadt Potsdam wurde in Abstimmung mit dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) vorgenommen. Hierin werden auf Grundlage der aktuellen Entwicklungen und gesetzlichen Rahmenbedingungen, die weiteren Handlungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Verbesserung der Luftqualität in der Landeshauptstadt Potsdam sowie weiterführende Maßnahmen aufgezeigt.

Herr Jäkel gibt fünf Kritikpunkte, die er an der aktuellen Fortschreibung hat, zu Protokoll.

1. Die auf Seite 62 (unter dem Punkt „Luftschadstoffminderungseffekte“) festgestellte Abnahme des Kfz-Verkehrsaufkommens aufgrund der Reduzierung der Fahrstreifenanzahl in der Zeppelinstraße sieht er nicht.
2. Der Feststellung, der Nutzen einer Umweltzone sei (zu) gering, widerspricht er. Eine Umweltzone lohne sich sehr wohl.
3. Kritikwürdig sei ebenfalls, dass der Gedanke an eine Umgehungsstraße im

Luftreinhalteplan gänzlich fehle.

4. Der Behauptung, Tempo 30 führe in der Zeppelinstraße zu einer Senkung der Luftschadstoffe, widerspricht er. Gesenkt werde hierdurch höchstens Lärm.
5. Die Feststellung, dass der Durchgangsverkehr durch die Landeshauptstadt Potsdam gering sei (weswegen er nicht im Maßnahmenpaket des Luftreinhalteplans beinhaltet ist) (vgl. Seite 2 Fortschreibung Luftreinhalteplan Potsdam Protokoll), teilt er ausdrücklich nicht.

Über diese Punkte sei noch zu diskutieren.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 16/SVV/0765 zur Kenntnis.

zu 3.11 Aufbau eines Energie- und Klimaschutzmanagements

Vorlage: 16/SVV/0828

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Mitteilungsvorlage)

Herr Linke (Koordinierungsstelle Klimaschutz) verweist auf den vorliegenden ersten Bericht zur IST-Analyse des Energie- und Klimaschutzmanagements in den kommunalen Unternehmen und Eigenbetrieben und stellt sich für Nachfragen zur Verfügung.

Herr Linke weist auf den fehlenden Ist-Stand zur Technologie- und Gewerbezentrum (TGZ) GmbH sowie zur Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH hin, die laut Bericht bisher keine Rückmeldung gegeben haben.

Herr Dr. Zöller möchte wissen, wann der angekündigte Klimaschutzbericht 2014 vorgelegt wird.

Herr Linke stellt ihn für Ende März 2017 in Aussicht.

Herr Jäkel regt den Austausch der Wasserhähne im Stadthaus an, die unnötig lange liefern. Dies bittet er zu prüfen.

Herr Linke wird den Prüfauftrag an den Kommunalen Immobilienservice (KIS), der hier zuständig ist, weiterleiten.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 16/SVV/0828 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Beck erinnert an die noch bis einschließlich 17. Januar 2017 laufende öffentliche Auslegung des Entwurfs der Potsdamer Baumschutzverordnung.

zu 5 Sonstiges

Nichts.

Matthias Lack
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift